Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt

215

Nr. 56

Mittwoch, den 25. Mai

1921

Inhalt: Verordnung zur Ausführung des Baupflegegesetzes. S. 215.

Bekanntmachungen der Verwaltungsbehörden und der nachgeordneten Stellen.

Verordnung

zur Ausführung des Baupflegegesetzes.

Auf Grund § 11 des Baupflegegesetzes vom 3. April 1912 und § 9 des Revidierten Gesetzes über die Organisation der Verwaltung in der Fassung vom 18. Februar 1921 wird folgendes verordnet:

§ 1

1. Alle Maßnahmen (Veränderungen), welche in dem durch die Bekanntmachung des Senats vom 6. September 1912 als besonders schutzbedürftig bezeichneten Gebiete der Stadt Hamburg (vgl. den bei Otto Meißner, Hermannstraße 44, erschienenen Übersichtsplan) vorgenommen werden sollen, sind der Baupolizeibehörde anzuzeigen. Dies gilt insbesondere auch für die Beseitigung von Bäumen und für die beabsichtigte Anbringung von Reklamezeichen aller Art, die in den geschützten Erleichterungen selbst oder derartig angebracht werden sollen, daß sie von diesen aus sichtbar sind.
2. Ebenso sind anzuzeigen alle Bauvorhaben, die auf die äußere Erscheinung des Bauwerks von Einfluß sein können, auch wenn sie nicht in den als besonders schutzbedürftig bezeichneten Gebietsteilen ausgeführt werden sollen.

§ 2

Mit der Anzeige müssen, soweit es sich um Bauten handelt, besondere Baupläne in doppelter Ausfertigung eingereicht werden, die außer den Straßenansichten die Seiten-, Hof- und Rückansichten sowie einen genauen Lageplan im Maßstab 1:4000 enthalten, aus dem die Umgebung der Baustelle zu ersehen ist. Alle Ansichten dürfen im Maßstab nicht kleiner als 1:100 gezeichnet sein. Für Einzelheiten kann ein größerer Maßstab verlangt werden. In die Darstellung der Ansichten sind, soweit möglich, die an den Nachbarbauten vorhandenen Fassaden, in die Querschnitte die Form der vorhandenen Brandgiebel einzuzichnen; zu diesem Zwecke können die in den Baupolizeialten befindlichen Baupläne der Nachbarhäuser abgezeichnet werden. Die für die Außen- und Dachflächen vorgezeichneten Baustoffe und die beabsichtigte Farbengebung sowie die für Reklame bestimmten Flächen sind anzugeben.

Bei Reklamen sind der vorgeschriebenen sowie der freiwilligen Anzeige nach § 5 des Baupflegegesetzes ein Lageplan in doppelter Ausfertigung und eine der beabsichtigten Ausführung entsprechende farbige Zeichnung in genügend großem Maßstabe beizufügen und Größe, Anbringungsart und der zur Verwendung kommende Stoff anzugeben.

Der Anzeige über die beabsichtigte Beseitigung von Bäumen ist ein Lageplan in doppelter Ausfertigung beizufügen.

§ 3

Alle anzeigepflichtigen Maßnahmen dürfen, soweit nicht weitergehende baupolizeiliche Vorschriften entgegenstehen, erst nach Ablauf der vierwöchigen Einspruchsfrist ausgeführt werden.

§ 4

Übertretungen der vorstehenden Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu M. 150 oder entsprechender Haft bestraft.

Hamburg, den 23. Mai 1921.

Die Baupolizeibehörde.